

**23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und  
Grundstücksausschusses**  
**- öffentlich -**

Sitzungstag:

**Montag, 25.07.2016**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Leitung Bauamt Lothar Kapfenberger		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Betina Mäusel  Johann Zehetmair  Manfred Axenbeck  Simone Guist  Günter Peischl  Jutta Schödl  Manfred Unterstein  Thomas Weingärtner		

Beschlussfähigkeit im Sinne Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben.

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschlussfähigkeit im Sinne Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben.

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Aus Anteilnahme für die Opfer des Amoslaufes im Olympia-Einkaufszentrum in München am 22.07.2016 findet eine Schweigeminute statt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

297      9      **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung am 28.06.2016 wurde den Mitgliedern des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses zur Verfügung gestellt. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit gilt die Niederschrift des Bauausschusses gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. mit § 23 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat für die Amtszeit von 2014 bis 2020 als genehmigt.

AZ 024  
Bauamt

298      9      **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen kann folgender Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen werden, weil die Gründe der Geheimhaltung nicht mehr bestehen:

Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss am 28.06.2016, Nr. G115, Auftragsvergabe; Ersatzbeschaffung von 12 Markthütten.

AZ 024  
Bauamt

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

299      9      **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 49c/16 für das Grundstück an  
der Feringastrasse 6; Abwägungsbeschluss gemäß § 3(2) und § 4(2)  
BauGB**

Der Planentwurf zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49c/16, in der Fassung vom 05.4.2016 nach § 12 und § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 30.05.2016 bis einschließlich 01.07.2016 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 30.05.2016 bis 01.07.2016 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben keine Stellungnahme abgegeben:

- Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Autobahndirektion München
- Bayerischer Bauernverband
- Bundesamt für Immobilienaufgaben
- Deutsche Post Immobilienservice GmbH
- Deutsche Telekom AG
- E.ON Kraftwerke GmbH
- E.ON Netz GmbH NE-ZB-TIS-SG-K/Da Fernmeldekabeltechnik
- E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG
- Erzbischöfliches Ordinariat München Finanzkammer
- Gemeinde Ismaning
- Gemeinde Unterföhring – Umweltamt
- Gemeinde Unterföhring – Bauamt Technik
- Gemeinde Unterföhring – Ordnungsamt
- Kabel & Medien Service München ServiCenter GmbH & Co. KG
- Kabel Deutschland GmbH & Co. KG
- Katholisches Pfarramt Unterföhring
- Kreisjugendring München-Land
- Landratsamt München Kreisheimatpfleger
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Bayern e. V.
- Staatliches Bauamt Freising Servicestelle München
- Staatliches Vermessungsamt München
- Erholungsflächenverein e. V.

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Folgende Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme ohne Bedenken und Anregungen vorgebracht

- Eisenbahn Bundesamt, Schreiben vom 20.06.2016
- Deutsche Telekom Technik GmbH, Schreiben vom 28.06.2016
- Gemeinde Aschheim, E-Mail vom 29.06.2016
- Deutsche Bahn, Schreiben vom 29.06.2016

Eine Erläuterung oder Beschlussfassung ist insoweit nicht erforderlich.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme abgegeben:

- Bund Naturschutz in Bayern e.V.
- Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Wasserwirtschaftsamt München
- Regierung von Oberbayern
- SWM Infrastruktur Region GmbH
- Landeshauptstadt München
- Handwerkskammer für München und Oberbayern

Nach Abwägung der öffentlichen Belange wird zu den vorgebrachten Anregungen wie folgt Stellung genommen:

#### 1. Bund Naturschutz in Bayern e. V.

Das Schreiben vom 21.6.2016 wird bekannt gegeben.

Erläuterung:

Zu 1.):

Der Bund Naturschutz stimmt der Bebauung zu und begrüßt, dass die bestehende Begrünung und Baumbepflanzung erhalten bleibt und keine weitere Bodenversiegelung stattfindet.

Zu 2.):

Es wird angeregt, im Gewerbegebiet weitere 5 Bäume zu pflanzen.

Beschluss: 9 : 0

Zu 1.)

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen. Es erfolgt keine Änderung des Bebauungsplans.

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Zu 2.):

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Sollten sich im Plangebiet geeignete Grünflächen finden lassen, wird von Seiten der Gemeinde beim Vorhabenträger angeregt, die gewünschten zusätzlichen 5 Bäume zu pflanzen. Es erfolgt keine Änderung des Bebauungsplans.

#### 2. Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Das Schreiben vom 21.6.16 wird bekannt gegeben.

Erläuterung:

Zu 1.)

Die landesplanerische Verträglichkeit des Lebensmittelvollsortimenters wurde bereits durch die Regierung von Oberbayern festgestellt, insoweit bestehen hier keine Einwände.

Zu 2.)

Die Summenwirkung der insgesamt geplanten Verkaufsflächen muss gem. Landesentwicklungsplan Bayern berücksichtigt werden.

Zu 3.)

Zu der derzeit noch unbestimmten Rest - Verkaufsfläche von ca. 460 m<sup>2</sup> kann derzeit keine Aussage getroffen werden.

Beschluss: 9 : 0

Zu 1.) bis 3.)

Die Äußerungen der IHK decken sich inhaltlich mit der insoweit detaillierteren Stellungnahme der Regierung von 29.06.2016. Es wird daher auf die dortige Erläuterung und Beschlussfassung verwiesen.

#### 3. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Schreiben vom 8.6.16 wird bekannt gegeben.

Erläuterung:

Gegen die Baumaßnahme besteht nach bisherigem Kenntnisstand von Seiten der Bodendenkmalpflege kein Einwand. Es wird weiter auf die Meldepflicht von Bodendenkmälern hingewiesen.

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 9 : 0

Die Hinweise zur Meldepflicht bei evtl. auftretenden Bodendenkmälern werden zur Kenntnis genommen. Im Hinblick auf die bloße Umplanung eines Bestandsgebäudes bedarf es aber keiner ergänzenden Ausführungen hierzu im Bebauungsplan. Es erfolgt keine Änderung des Bebauungsplans.

#### 4. Wasserwirtschaftsamt München

Das Schreiben vom 28.6.16 wird bekannt gegeben.

Erläuterung:

Zu 1.)

In den textlichen Festsetzungen zum B-Plan Punkt 8 / Versorgungsanlagen wird aufgeführt, dass das Vorhaben bereits in das bestehende System des Gewerbegebietes „Feringasträße“ eingebunden ist, und das Leitungssystem bei Bedarf entsprechend zu erweitern ist.

In diesem Zusammenhang wird um folgende Ergänzungen gebeten:

Zu 2.)

„Umgang mit Niederschlagswasser:

Unverschmutztes Niederschlagswasser von Dächern und sonstigen Flächen (auch Verkehrsflächen) ist zu versickern.

Es ist eine breitflächige Versickerung des nicht schädlich verunreinigten Niederschlagswassers unter Ausnutzung der Reinigungsleistung der belebten Oberbodenzone vorzunehmen (bewachsene Seitenstreifen, Mulden).

Unterirdische Versickerungsanlagen dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen erstellt werden.

Auf das Arbeitsblatt DWA A 138 (Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser) und das Merkblatt DWA M 153 (Handlungsempfehlung zum Umgang mit Regenwasser) wird verwiesen.

Tiefgaragen:

Um eine Verunreinigung des Untergrundes bzw. des Grundwassers durch anfallende Wässer zu verhindern, sind Tiefgaragenböden dicht auszuführen.“

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Zu 3.)

Altlasten

Bereits im Zuge des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 49b/12 haben wir den Hinweis bzgl. des vorhandenen Altstandortes gegeben. Hierbei wurden im Zug der Errichtung des geplanten Baumarktes Untersuchungen durchgeführt und die Aushubarbeiten baubegleitend überwacht.

Gleiches gilt für die jetzt betroffenen Grundstücke Fl.Nrn. 1189/67, 1189/54 und 1189/59. Im Bereich des geplanten Bebauungsplanes 49c/16 sind alle betroffenen Grundstücksflächen im Kataster gem. Art. 3 Bayer. Bodenschutzgesetz (BayBodSchG), als Altstandort (UF-AS11) aufgeführt.

Im Zuge der Historischen Erkundung und Erstbewertung der Ingenieurgesellschaft M&P vom Oktober 2007, wurde das Gefährdungspotenzial im Bereich des Gewerbegebiets für den Altstandort UF-AS 11 als gering eingestuft. Daher sieht die Handlungsempfehlung vor, dass bei einer Umnutzung, der als Gewerbegebiet genutzten Flächen, eine orientierende Untersuchung durchzuführen ist.

Der Umfang dieser orientierenden Untersuchung sollte in enger Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt München und dem Landratsamt München festgelegt werden.

Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen kann der Bebauungsplan vom Wasserwirtschaftsamt München befürwortet werden.

Beschluss: 9 : 0

Zu 1.)

Die textliche Festsetzung unter Ziffer 8 unter der Überschrift „Schmutzwasser, Abwasser, Niederschlagswasser“, dort Satz 2 ist nur für die Erweiterung des Schmutzwasserkanaals relevant, soweit Neuinstallationen (z.B. für den Lebensmittelmarkt) erfolgen. Die Festsetzung wird daher wie folgt geändert: „Bei Bedarf ist das Schmutzwassersystem entsprechend zu erweitern“

Zu 2.)

Eine Beschlussfassung ist hier im Hinblick auf das Bestandsgebäude und die lediglich vorgesehene Nutzungsänderung nicht veranlasst. Es erfolgt keine Änderung des Bebauungsplans.

Zu 3.)

Beim gegenüberliegenden Hagebaumarkt wurden die bestehenden Gebäude (MAN) komplett abgerissen und eine neue Tiefgarage samt entsprechendem Aushub errichtet. Im Plangebiet bleiben die bestehenden Gebäude samt Außenanlagen und Anlagen für Regenwasserentwässerung dagegen

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

vollständig erhalten. Nach entsprechender Erläuterung gegenüber dem WWA im Nachgang zu dem Schreiben vom 28.06.2016 wurde per E-Mail des WWA vom 4.7.16 bestätigt, dass die Stellungnahme insoweit nur als Hinweis für zukünftige bauliche Maßnahmen zu sehen ist. Es erfolgt keine Änderung des Bebauungsplans.

#### 5. Regierung von Oberbayern:

Das Schreiben vom 29.6.16 wird bekannt gegeben und auszugsweise wie Folgt zitiert:

„Die Raumverträglichkeit der Verkaufsflächen-Obergrenzen gemäß LEP-Ziel 5.3.3 kann zum jetzigen Zeitpunkt landesplanerisch nicht abschließend bewertet werden. Hierzu müssten sortimentsbezogene Angaben zu den Verkaufsflächen- Obergrenzen in den Bebauungsplan-Festsetzungen zu den Einzelhandelsgroßprojekten vorgenommen bzw. präzisiert werden:

##### Zu 1.)

Für das Lebensmittel-Einzelhandelsgroßprojekt mit 1.600 m<sup>2</sup> maximaler Verkaufsfläche den Zusatz „Betriebstyp Supermarkt“ in die Festsetzung des Bebauungsplans mitaufzunehmen (vgl. hierzu unsere Schreiben vom 20.08.2015 und 26.01.2016), da z.B. für einen Discounter die raumverträgliche Verkaufsflächenobergrenze lediglich bei 1.284 m<sup>2</sup> liegt.

##### Zu 2.)

Für das Einzelhandelsgroßprojekt mit 1.400 m<sup>2</sup> maximaler Verkaufsfläche sollten die Festsetzungen um Angaben zu möglichem Sortiment bzw. einer Auflistung möglicher Sortimente ergänzt werden, um dieses Vorhaben landesplanerisch abschließend überprüfen zu können. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass das im Begründungstext genannte Sortiment Bekleidung (Textilien oder Heimtextilien) landesplanerisch bereits als raumverträglich bewertet werden kann (vgl. LEP-Ziel 5.3.3 in Verbindung mit LEP-Ziel 5.3.4).

##### Zu 3.)

Die geplanten kleinflächigen Einzelhandelsbetriebe (< 800 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche) unterliegen keiner landesplanerischen Steuerung, sofern die Betriebe kein Einkaufszentrum und auch keine Agglomeration im Sinne von LEP 5.3 (B) bilden. Hierfür sind Informationen zum Betriebskonzept (Planung, Finanzierung, Management) notwendig, um beurteilen zu können, ob es sich in Gesamtschau der geplanten Einzelhandelsvorhaben um ein Einkaufszentrum im Sinne der Begründung zu den LEP-Festlegungen 5.3 und damit um ein Einzelhandelsgroßprojekt handelt. Als Einkaufszentrum kann grundsätzlich ein Gebäudekomplex verstanden werden, in dem Einzelhandelsbetriebe verschiedener Art und Größe räumlich konzentriert



## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

werden und die einzelnen Betriebe aus Sicht der Kunden als aufeinander bezogen, als durch ein räumliches Konzept und durch Kooperation miteinander verbunden in Erscheinung treten (vgl. BVerwG Urt. v. 27.04.1990 – 4 C 16/87; Urt. v. 12.07.2007 – 4 B 29/07).

Zu 4.)

Auf Grundlage ergänzter Informationen kann auch bewertet werden, ob ggf. eine Agglomeration vorliegt.“

Beschluss: 9 : 0

Zu 1.)

Zu der Bewertung der Regierung, dass bei dem festgesetzten Einzelhandelsbetrieb „Lebensmittel bis zu einer maximal Verkaufsfläche von 1.600 m<sup>2</sup> zzgl. Nebenräume“ es einer weiteren Konkretisierung zur Abgrenzung von Discountern bedarf, ist auszuführen, dass hier der Forderung der Regierung im Rahmen der Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung nachgekommen wird. Es erfolgt hier die eingrenzende Festsetzung „Verkaufsfläche Lebensmittel für den Betriebstyp Vollsortimenter (Supermarkt)“.

Zu 2.)

Der Hinweis in der Stellungnahme der Regierung, dass für das Einzelhandelsgroßprojekt mit 1.400 m<sup>2</sup> maximaler Verkaufsfläche die möglichen Sortimente aufgenommen werden müssen, um dieses Vorhaben landesplanerisch überprüfen zu können, ist auszuführen, dass hier die nach Angaben der Regierung landesplanerisch verträglichen Sortimente aufgenommen werden. Es handelt sich insoweit um folgende Sortimente: Drogerie- und Parfümeriewaren; Elektronikartikelvollsortimenter oder Unterhaltungselektronik (braune Ware); Bekleidung oder Haus- und Heimtextilien, Bettwaren.

Zu 3.)

Zu den Ausführungen, dass die geplanten kleinflächigen Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von unter 800 m<sup>2</sup> landesplanerisch problematisch sein können, soweit hier ein Einkaufszentrum entsteht oder eine Agglomeration im Sinne des Landesentwicklungsplans vorliegt, ist auszuführen, dass hier kein Einkaufszentrum entstehen soll. Die Einzelhandelsbetriebe verfügen lediglich über eine gemeinsame Erschließungszone, die sich aus den baulichen Vorgaben des Bestandsgebäudes ergibt (ehemaliger Eingangsbereich Baumarkt, bestehende Gaststätte, Notausgänge, Anbindung an die Tiefgarage mittels zentraler Fahrsteige). Von der gemeinsamen Erschließungszone aus verfügen diese über separate Zugänge und sind baulich komplett voneinander getrennt. Gleiches gilt für die separaten Anlieferungen. Weiter ist hier nach Maßgabe der Betriebsbeschreibung des Vorhabenträgers auch kein zentrales Management für die Einzelhandelsbetriebe vorgesehen. Zu der genannten

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Agglomeration ist auszuführen, dass es sich schon nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen zum Einkaufszentrum jeweils um selbständige Betriebe handelt, die auch baulich und betrieblich-funktional eigenständig sind. Auch dies ergibt sich unzweifelhaft aus der Betriebsbeschreibung des Vorhabenträgers. Hier wird in den Hinweisen zum Bebauungsplan auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Betriebsbeschreibung in den Baugenehmigungsverfahren hingewiesen.

Zu 4.)

Im Nachgang zu der Stellungnahme der Regierung von Oberbayern vom 29.06.2016 erfolgte noch der ergänzende Hinweis, dass die vorgesehene Freiverkaufsfläche von ca. 240 m<sup>2</sup> einer der Innenverkaufsflächen zugeordnet werden soll. Dem Wunsch der Regierung wird dahingehend Rechnung getragen, dass die Freiverkaufsfläche hier mit der Einzelhandelsfläche mit max. 799 m<sup>2</sup> baulich verbunden ist.

Der Bebauungsplan wird im Hinblick auf die vorstehenden Ausführungen zu 1.) bis 4.) wie folgt geändert:

[textliche Festsetzung unter D 2 1.]

„1.1 Einzelhandelsbetriebe mit einer Gesamtverkaufsfläche von insgesamt maximal 4.500 m<sup>2</sup>, davon:

- Verkaufsfläche Lebensmittelvollsortimenter (Supermarkt): bis zu einer maximalen Verkaufsfläche von 1.600 m<sup>2</sup> zzgl. Nebenräume
- Verkaufsfläche für Drogerie- und Parfümeriewaren; Elektronikartikelvollsortimenter oder Unterhaltungselektronik (braune Ware); Bekleidung oder Haus- und Heimtextilien, Bettwaren: bis zu einer maximalen Verkaufsfläche von 1.400 m<sup>2</sup> zzgl. Nebenräume
- Verkaufsfläche Sonstige: bis zu einer maximalen Verkaufsfläche von 799 m<sup>2</sup> zzgl. Freiverkauf von maximal 240 m<sup>2</sup> und zzgl. Nebenräume
- Verkaufsfläche Sonstige: bis zu einer maximalen Verkaufsfläche von 460 m<sup>2</sup> zzgl. Nebenräume

Sämtliche Einzelhandelsnutzungen dürfen nur im 1. UG und EG sowie im 1. OG stattfinden.

[Es wird außerdem folgender textlicher Hinweis unter „E. Textliche Hinweise“ aufgenommen:]

Zu der festgesetzten Nutzungsart Einzelhandelsbetriebe ist im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren durch Angaben in der Betriebsbeschreibung

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

darzulegen, dass hier weder ein Einkaufszentrum entsteht und dass auch keine Agglomerationen im Sinne des Landesentwicklungsplans stattfindet.

Die Begründung ist entsprechend den vorstehend vorgesehenen Änderungen anzupassen“

#### 6. Stadtwerke München:

Das Schreiben vom 30.6.16 wird bekannt gegeben.

Erläuterung:

Auf die bestehenden Wasser-, Gas-, und Fernwärmeleitungen wird hingewiesen.

Beschluss: 9 : 0

Da aufgrund des bestehenden Gebäudes keine Änderung an den Leitungen geplant sind, erfolgt keine Änderung des Bebauungsplans.

#### 7. Landeshauptstadt München und Handwerkskammer für München und Oberbayern:

Die Schreiben vom 22.06.2016 bzw. 30.06.2016 werden bekannt gegeben und auszugsweise wie folgt zitiert:

„Das Vorhaben berührt auf Grund der direkten Lage des Grundstücks an der Stadtgrenze die Belange des Zentrenkonzepts und der Nahversorgungsstrukturen auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt München. Durch das Vorhaben können schädliche Auswirkungen zu zentralen Standorten in der Nachbarschaft nicht ausgeschlossen werden. Es sollte daher zur Beurteilung der Auswirkungen ein entsprechendes Einzelhandelsgutachten vorgelegt werden.

In ca. 600m Entfernung, laut Zentrenkonzept der Stadt München noch im fußläufigen Bereich, befindet sich das Nahbereichszentrum am Fritz-Meyer-Weg. Die Versorgung der Bevölkerung sichert ein Vollsortimenter mit ca. 590 m<sup>2</sup> und ein Discounter mit ca. 380 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche. Beide Nahversorger haben zwar keine zeitgemäße Größenordnung, stellen jedoch die Versorgung der Bevölkerung vor Ort mit Artikeln des täglichen Bedarfs sicher.

In ca. 1000m Entfernung befindet sich das Nahbereichszentrum an der Johannes-Kirchner Str. / Cosimastr. Momentan stellen ein Discounter mit ca. 920 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche und ein Drogeriemarkt mit ca. 330m<sup>2</sup> Verkaufsfläche die Nahversorgung sicher.

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Zusätzlich wurde mit den Planungen für den B-Plan Nr. 2023 Baurecht für zeitgemäßen Einzelhandel geschaffen, um das Nahbereichszentrum zu stärken.

In ca. 900m Entfernung befindet sich in der integrierten Streulage entlang der Oberföhringer Str. ein Vollsortimenter mit ca. 630m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, der die Versorgung der Bevölkerung in diesem Bereich sichert.

Der Standort an der Feringastrasse, dem „Feringapark“, an dem sich bereits mehrere Einzelhandelseinrichtungen befinden, die neben Lebensmitteln aus dem Bereich Discounter und SB-Warenhaus auch Drogeriewaren und Waren aus dem Sortiment Textilien, Schuhe, Sportartikel anbieten, und an dem auch ein Bau- und Gartencenter vorhanden ist, stellt eine leistungsfähige Einzelhandelsagglomeration dar. Es wird, auf Grund der Lage im Unterföhringer Gemeindegebiet, auf eine Erreichbarkeit durch den PKW gesetzt. Es ist daher davon auszugehen, dass durch die Neuplanung zusätzlich ein deutlicher Kaufkraftabfluss aus dem weiteren Einzugsbereich einschließlich des Stadtgebietes zu erwarten ist.“

Die Stellungnahme der Handwerkskammer für München und Oberbayern vom 30.06.2016 ist inhaltlich angelehnt an die Einwendungen der LH München. Sobald die in Auftrag gegebene Auswirkungsanalyse (Einzelhandelsbetriebe und Handelsstrukturen in den Ortskernen) vorliegt, werden hierzu die Abwägungen vorgenommen.

Beschluss: 9 : 0

Im Hinblick auf die geäußerten Bedenken der LH München und der Handwerkskammer für München und Oberbayern wird vom Vorhabenträger eine Auswirkungsanalyse in Auftrag gegeben. Soweit die Auswirkungsanalyse zu dem Ergebnis kommt, dass für alle vom Vorhaben betroffenen zentralen Versorgungsbereiche die Umlenkungsquoten unterhalb des anerkannten Abwägungsschwellenwerts bleiben, bedarf es keiner Änderung des Bebauungsplans.

#### Landratsamt München

Seitens Landratsamt München liegt noch keine Stellungnahme vor.

#### Weiteres Vorgehen:

Beschluss: 9 : 0

Die vorstehenden Abwägungen sind in den vorhabensbezogenen Bebauungsplan einzuarbeiten.

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Sobald die entsprechende Stellungnahme des Landratsamtes München, sowie die von der Landeshauptstadt München geforderte Auswirkungsanalyse für alle vom Vorhaben betroffenen zentralen Versorgungsbereiche vorliegen, sind diese abzuwägen und dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss in einer der kommenden Sitzungen zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

AZ 6100  
Bauamt

300 9

#### **Bauantrag der Gewerbepark Unterföhring GmbH & Co. KG zum Umbau bzw. Umnutzung von Einzelhandelsflächen an der Feringastrasse 6**

Der Bürgermeister gibt den Bauantrag der Gewerbepark Unterföhring GmbH & Co. KG vom 01.07.2016, eingegangen bei der Gemeinde ebendann, zum Umbau bzw. Umnutzung von Einzelhandelsflächen an der Feringastrasse 6 bekannt.

Die entsprechenden Planunterlagen der IN-Bau GmbH, Herrn Dees, ebenfalls vom 01.07.2016, wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Das Grundstück in der Feringastrasse 6, Fl. Nr. 1189/67 (11.094m<sup>2</sup>) ist sowohl im aktuellen, als auch im, in Aufstellung befindlichen, Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen. Aktuell gilt für dieses Grundstück der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 49/87 „Feringastrasse“, der vorhabensbezogene BPlan Nr. 49c/16 „Feringastrasse 6“ befindet sich derzeit noch in der Aufstellung.

Seit dem Umzug des Hagebaumarktes Unterföhring von der Feringastrasse 6 auf die gegenüberliegende Straßenseite Feringastrasse 5 Ende 2015, steht das Objekt leer.

Das Bestandsgebäude bleibt in seiner Kubatur erhalten, die Antragsteller planen jedoch die folgenden Umbauten bzw. Umnutzungen:

äußere Gestalt/Fassade:

- Errichtung eines Ladehofs mit zwei neuen Schrägrampen im rückwertigen Bereich
- Abbruch des Vordachs sowie zweier Hallen im rückwertigen Bereich
- Errichtung von Glaselementen am Eingangsbereich
- Fassadenverkleidung an der Ost- und Süd- und Westseite im Bereich der Einzelhandelsnutzungen
- eventuell Errichtung eines neuen Trafos an der westlichen Grundstücksgrenze

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

2. Untergeschoss (Bestand: 3.143,00m<sup>2</sup>, neu: 3.130,13m<sup>2</sup>, Tiefgarage)
- Errichtung eines zusätzlichen Aufzuges inkl. Unterfahrt im südlichen Gebäude

1. Untergeschoss (Bestand: 3.169,34m<sup>2</sup>, neu: 3.156,47m<sup>2</sup>, Tiefgarage)
- Errichtung eines zusätzlichen Aufzuges inkl. Unterfahrt im südlichen Gebäude

Erdgeschoss (ohne Tiefgaragenschächte: 6.382,45m<sup>2</sup>, mit Tiefgaragenschächten und Reservefläche für evtl. neuen Trafo: 6.415,53m<sup>2</sup>)

- die Fläche des ehemaligen Hagebaumarktes (Verkaufsfläche: 4.850m<sup>2</sup>) wird in drei neue Märkte aufgeteilt (dafür eine Fläche für einen Lebensmittelmarkt mit 1.594,36m<sup>2</sup>, sowie zwei weitere Ladeneinheiten mit Verkaufsflächen von 756,66m<sup>2</sup> bzw. 1.298,52m<sup>2</sup> zzgl. Flächen für die benötigten Lager, Büros, Personal-, Sozial- und Technikräume u. A. inkl. Um- und Neusetzung von Zwischenwänden
- Umbau des Bistros/Backshops
- Umbau des Eingangsbereiches
- teilweise Wegfall bestehender Türen und Fenster
- Einbau neuer Türen und Fenster
- Errichtung eines zusätzlichen Aufzuges im südlichen Gebäude

Das erste bis fünfte Obergeschoss, in welchen sich bereits ein Hotel und Büros befinden, sind nicht Gegenstand dieses Bauantrages.

Nach Berechnung der IN-Bau GmbH vom 01.07.2016, wird eine GRZ von 0,58 (nur Gebäude) bzw. 0,91 (Gebäude inkl. befestigter Flächen) sowie eine GFZ von 1,27 erreicht. Bemerkenswerte Veränderungen zum Bestand ergeben sich laut E-Mail von Herrn Dees, IN-Bau GmbH, vom 13.07.2016, nicht; die GFZ wird durch die angebauten Ladeboxen (Schrägrampen) und die geplante Fassadenverkleidung nur unwesentlich erhöht (neu 1,266 statt vorher 1,261).

Laut Stellplatznachweis der IN-Bau GmbH vom 01.07.2016 werden 234,9 Stellplätze benötigt und 246 Stellplätze nachgewiesen, davon 20 oberirdische und 4 behindertengerechte KFZ-Stellplätze.

Auf Antrag der Gewerbepark Unterföhring GmbH & Co. KG vom 01.07.2016 wurde die erforderliche Nachbarteilnahme gemäß Art. 66 BayBO durch die Gemeinde durchgeführt.

Der Vorsitzende verweist auf TOP 3 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 49c/16 für das Grundstück an der Feringastrasse 6; Abwägungsbeschluss gemäß § 3(2) und § 4(2) BauGB“ aus der heutigen Sitzung. Die Stellungnahme der Landeshauptstadt München muss noch abschließend

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

geprüft und abgewogen werden, die Stellungnahme des zuständigen Landratsamtes München liegt bis dato (Stand: 20.07.2016) noch nicht vor. Nach Rücksprache mit dem Landratsamt, Telefonat mit Herrn Kaiser vom 19.07.2016, kann dem entsprechenden vorhabensbezogenen BPlan die Planreife unterstellt werden, eine Behandlung des Bauantrages in diesem Rahmen ist somit möglich.

Beschluss: 9 : 0

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss stimmt dem Bauantrag der Gewerbepark Unterföhring GmbH & Co. KG vom 01.07.2016, eingegangen bei der Gemeinde ebendann, zum Umbau bzw. zur Umnutzung von Einzelhandelsflächen an der FeringasträÙe 6 unter der Maßgabe zu, dass die zukünftigen Festsetzungen des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 49c/16 „FeringasträÙe 6“ vollumfänglich einzuhalten sind.

AZ 6024  
Bauamt

301 9

#### **Freiwillige Feuerwehr Unterföhring; Weitere Überlegungen zur Optimierung des Standortes im Ortskern und Sachstandsbericht für den künftigen Feuerwehrbetrieb**

Der Bürgermeister erinnert an die jüngsten Beschlüsse zur Optimierung des Standortes der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring im Ortskern:

Beschluss des Gemeinderates vom 22.09.2015 G281: Aus der Mitte des Gremiums wurde der Wunsch geäußert, den momentanen Planentwurf „Variante Innenhof“, Stand 10.09.2015, welcher eine Sackgassenregelung der St.-Florian-StraÙe vorsieht und eine Durchfahrt zum St.-Valentin-Weg nicht mehr ermöglicht, um einen Planentwurf zu erweitern, der eine weiterhin mögliche Durchfahrt sicherstellt. Hierbei sind städtebauliche Aspekte, eine Straßenverschwenkung-/Führung der St.-Florian-StraÙe sowie eine Grünzugplanung zu berücksichtigen.

Beschluss des Gemeinderats vom 17.02.2016: Für die Feuerwehrerweiterung in der St.-Florian-StraÙe sind für die Jahre 2016 bis 2018, Baunebenkosten (u.a. Planungskosten) und ab 2019 Baukosten/Hochbau eingestellt.

Beschluss des Gemeinderates vom 16.03.2016; Nr. 366: Der Gemeinderat nimmt die vorgelegten Planentwürfe der kplan AG, Abensberg, „Variante L-Form“, Stand 14.10.2015, zugehöriger Grünzugplan, Stand 23.10.2015, sowie „Variante Innenhof“, Stand 10.09.2015, inkl. zugehörigem Grünzugplan, Stand 23.10.2015, zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, den Feuerwehrstandort an der St.-Florian-StraÙe auf Grundlage der vorliegenden Untersuchungsvariante „L-Form“ zu realisieren. Die Verwaltung wird

## **23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

ermächtigt die weiterführenden Schritte sowie die vergaberechtlichen Maßnahmen (Architekten-Wettbewerb, Plangutachten etc.) in die Wege zu leiten um den geplanten Baubeginn in 2019 zu ermöglichen. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zu gegebener Zeit zur weiteren Entscheidung vorzulegen. Bei der Vorbereitung dieser weiterführenden Schritte ist - wie bisher - insbesondere die Feuerwehr vollumfänglich mit einzubeziehen. Dabei ist auf die bestmögliche Innenhofgestaltung (Rangierflächen, Straßenverschwenkung) zu achten.

Am 23.06.2016 fand ein Gesprächstermin mit den beiden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring, Grundstücksnachbarn, dem planenden Architekten, dem 1. Bürgermeister sowie dem Bauamtsleiter statt. Hier wurden neue, wesentliche Hinweise und Anregungen zur Thematik gegeben. Herr Kemmelmeyer bittet die Anwesenden in diesem Gespräch um schriftliche Meinungsäußerung, um diese dann den Gremien, vorberatend zur öffentlichen Sitzung des Bauausschusses am 25.07.2016 und nach der Sommerpause dem Gemeinderat, vorzulegen.

Entsprechend der Bitte des Bürgermeisters gingen folgende schriftliche Mitteilungen ein: Schreiben der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring, vom 25.06.2016, eingegangen bei der Gemeinde am 27.06.2016, sowie Schreiben des Herrn Wolfram Vaitl-Gloo, Grundstücksnachbar, vom 29.06.2016, eingegangen bei der Gemeinde am 30.06.2016. Das Schreiben von Herrn Vaitl-Gloo wird verlesen.

Weiter gibt der Bürgermeister die E-Mail des Herrn Spitzweg, FFW Unterföhring, vom 19.07.2016, bekannt, mit welcher dieser mitteilt, den Antrag auf Prüfung des Standortes „Rathaus“ zurückzuziehen und zeitnah einen neuen Antrag einreichen zu wollen.

Der entsprechende Antrag der Freiwilligen Feuerwehr vom 18.07.2016, eingegangen bei der Gemeinde am 20.07.2016, wird verlesen.

Die Verwaltung wird den vorgeschlagenen Standort an der Münchner Straße zwischen Kinderhaus und Basketballplatz für ein neues Feuerwehrgerätehaus prüfen und dem Bauausschuss in einer der kommenden Sitzungen zur weiteren Behandlung vorlegen.

In einer ausführlichen Diskussion im Gremium wurden verschiedene Punkte, beispielsweise die nachhaltige Standortsituation, Ein- und Ausrückzeiten, Zufahrt von der Staatsstraße etc. angesprochen.

Eine Beschlussfassung ist in der heutigen Sitzung nicht veranlasst.

AZ 611  
Bauamt



## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

302 9

#### Verkehrsrechtliche Angelegenheiten;

#### Verlagerung eines öffentlichen Kfz-Stellplatzes an der Gartenstraße von der Südseite (Haus-Nr. 10) auf die Nordseite (Haus-Nr. 5-7); Sachstand nach dem Erprobungszeitraum

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.07.2015, Nr. 203. Es wurde festgelegt, dass für einen Erprobungszeitraum von einem Jahr über die Erfahrungen der Verlagerung der zwei Kfz-Stellplätze von der Süd- auf die Nordseite in der Gartenstraße erneut berichtet wird. Aufgrund von Beschwerden der unmittelbaren Anwohner, da sie wegen der Verlagerung der Stellplätze ihre Grundstückszufahrten nur erschwert erreichen könnten, wurde nur ein Kfz-Stellplatz verlegt. Auf Wunsch von Herrn Ebert (Feinkost Ebert) fand bereits ein Ortstermin am 14.01.2016 unter Beteiligung weiterer Anwohner statt. Das Protokoll vom Ortstermin vom 14.01.2016 wird bekanntgegeben.

Am 22.06.2016 fand unter Beteiligung der Anwohner (östlich der Schulstraße), der PI 26 in Ismaning, der FFW Unterföhring sowie der Verwaltung ein Vor-Ort-Termin, kurz vor Ende des einjährigen Erprobungszeitraumes, statt. Mehrheitlich kam man sich überein, dass mit der Verlagerung des Kfz-Stellplatzes von der Süd- (Haus-Nr. 10) auf die Nordseite (Haus-Nr. 5-7) eine Verkehrsberuhigung in Form von langsameren Durchfahren erreicht wurde. Es wurde festgestellt, dass Grundstückseinfahrten nicht behindert sind. Herr Ebert stimmte diesem ausdrücklich nicht zu.

Von den Anwohnern wurde zusätzlich vorgeschlagen die beiden Längsparker von der Südseite (Haus-Nr. 4) auf die Nordseite (Haus-Nr. 1 / 1a) zu verlegen. Damit wäre eine durchgehende wechselseitige Anordnung der Längsparker von der Johanneskirchner Straße bis zur Münchner Straße gewährleistet. Durch die PI 26 in Ismaning als auch durch die Freiwillige Feuerwehr wurde dies bestätigt. Der Bürgermeister gibt den Aktenvermerk vom 29.06.2016 bekannt.

Im Nachgang zum Ortstermin wurde der Verwaltung durch Herrn Ebert und Herrn Mayr sen. telefonisch mitgeteilt, dass eine Zustimmung des wechselseitigen Parkens ihrerseits erfolgen würde, wenn die Kfz-Stellplätze auf der Südseite (vor Haus-Nr. 10) bestehen blieben. Hierzu wurden zwei Vorschläge (Lageskizzen) der Verwaltung per E-Mail zugesandt. Nach diesen Vorschlägen hätte dies dann allerdings die Folge, dass in der gesamten Gartenstraße jeder Längsparker die Seite wechseln müsste, was ein erheblicher Mehraufwand bei der Umsetzung bedeuten würde. Bei dieser Variante wäre dann ein nochmaliger Vor-Ort-Termin mit allen Anwohnern der Gartenstraße erforderlich.

Die nachträglichen Vorschläge von Herrn Ebert und Herrn Mayr sen. wurden an die PI 26 in Ismaning als auch an die Freiwillige Feuerwehr Unterföhring mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Die PI 26 in Ismaning teilt mit

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Schreiben vom 05.07.2016 mit, dass an dem vorgeschlagenen Ergebnis des Ortstermins vom 22.06.2016 festgehalten wird. Die nachträglichen Vorschläge tragen zu keiner wesentlichen Verbesserung bei. Als besonders nachteilig (beider Vorschläge) wird der damit verbundene Aufwand hinsichtlich der dann erforderlichen Umsetzung bzw. Neueinrichtung diverser Beschilderungen gesehen. Dies widerspreche wiederum dem Grundgedanken zum Abbau des Schilderwaldes.

Die Freiwillige Feuerwehr Unterföhring teilt mit E-Mail vom 05.07.2016 mit, dass aus ihrer Sicht keine Bedenken zu den nachträglich eingereichten Vorschlägen bestehen.

Der Bürgermeister gibt die Schreiben der PI 26 in Ismaning und die E-Mail der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring vom 05.07.2016 bekannt.

In einer ausführlichen und intensiven Diskussion spricht sich das Gremium vor einer abschließenden Beschlussfassung dafür aus, auch die Anwohner der Gartenstraße (u. a. Hausnummern 9, 12 und 14) bezüglich des Vorschlages der Herren Ebert und Mayr sen. abzufragen. Die Ergebnisse sind dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss in einer der kommenden Sitzung vorzustellen.

AZ 1402  
Bauamt

303 9

#### **Verkehrsrechtliche Angelegenheiten:** **Aufstellen von festinstallierten Geschwindigkeitsmesseinrichtungen an der Münchner Straße (St2053)**

Frau Gemeinderätin Schödl stellte in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 05.04.2016 eine Anfrage bezüglich Installation von festen Blitzern an der Münchner Straße. Nachdem das Thema in der Verkehrsschau am 25.04.2016 angesprochen wurde, kam die Aussage von der PI 26 Ismaning, dass diesbezüglich die Verwaltung bei der PI München in der Bad Schachener Straße nachfragen sollte, da die dortige PI bereits Erfahrungen bezüglich Blitzeinrichtungen hätte. Einig war man sich bei der Verkehrsschau, dass die Blitz- bzw. Geschwindigkeitsmesseinrichtungen jeweils am Ortsein- und -ausgang sowie zwischen Hofäcker- und Mitterfeldallee angebracht werden sollten.

Nachdem die Verwaltung bei der Polizei in München eine schriftliche Anfrage in Bezug auf Blitzer gestellt hat, wurde folgende telefonische Auskunft erteilt:

Die Installation von festen Blitzern darf nur die Regierung von Oberbayern genehmigen; dies ist ein aufwändiges Verfahren. In Oberbayern sind bisher nur sehr wenige feste Blitzer genehmigt worden. Hauptkriterium für die

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Genehmigung ist das Vorliegen eines Unfallschwerpunktes. Diese Voraussetzung liegt in Unterföhring entlang der gesamten Ortsdurchfahrt auf der Münchner Straße jedoch nicht vor.

Dem gegenüber bieten Kommunale Dienstleister (z. B. K & B Kommunale) unter anderem auch Service-Leistungen zur Überwachung des fließenden Verkehrs (Geschwindigkeitsmessung und Blitzer) mit mobilen Geräten (d.h. an wechselnden Standorten) an.

Der Bürgermeister weist auf den Beschluss des Gemeinderates vom 14.11.2007, Nr. 1142, hin, in dem sich der Gemeinderat gegen die kommunale Verkehrsüberwachung für den fließenden Verkehr ausgesprochen hat.

Aufgrund der Erkenntnisse aus der Verkehrsschau sowie der Rückmeldung der Polizei München zur Installation einer festen Geschwindigkeitsmesseinrichtung war angedacht, dass die Verwaltung Angebote für eine Beauftragung eines kommunalen Dienstleisters einholt und zeitgleich zur abschließenden Klärung die Regierung von Oberbayern kontaktiert.

Nach einer Diskussion im Gremium erklärt Frau Gemeinderätin Schödl aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse, dass Sie auf die Errichtung von festinstallierten Blitzeranlagen verzichtet und sich mit der Errichtung entsprechender Geschwindigkeitsmesseinrichtung (Smileys) bis auf weiteres einverstanden erklärt. Ein Antrag an die Regierung von Oberbayern ist somit nicht mehr notwendig. Die Verwaltung wird die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 1402  
Bauamt

304 9

### Bekanntgaben/Anfragen

Es wurden keine Bekanntgaben getätigt.

### Anfragen:

- Frau Gemeinderätin Schödl erkundigt sich, ob die WC-Anlage in der Kleingartenanlage noch begrünt wird. Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Verwaltung darum kümmern wird.

## 23. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 25.07.2016

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Herr Gemeinderat Axenbeck stellt fest, dass in der Beta-Straße Halteverbotsschilder angebracht wurden und Gewerbetreibende nun nicht mehr auf dem Seitenstreifen parken können. Herr Kapfenberger erklärt, dass die Beschilderung durch den Bauhof noch nicht abschließend ist. Im Laufe der Woche sollen die Korridore/Zufahrten zu den landwirtschaftlichen Flächen eingerichtet werden, das Parken auf den Seitenstreifen wird – wie bisher – mit Ausnahme an den Zufahren, möglich sein. Herr Axenbeck fragt weiter an, für wann der geplante vierspurige Ausbau der Beta-Straße inkl. Errichtung des Radweges angedacht ist. Herr Kapfenberger erklärt, dass dem Gemeinderat nach der Sommerpause ein Realisierungszeitraum zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden soll. Der voraussichtliche Baubeginn ist für 2017 geplant.
- Herr Gemeinderat Weingärtner moniert, dass an der privaten Fläche an der Kreuzung Mitterfeld-/Straßäckerallee häufig Tieflader, LKWs und Wohnwägen parken, welche das Ortsbild beeinträchtigen. Der Bürgermeister teilt mit, dass hier von etwa zwei Wochen ein Gespräch mit Herrn Dobliger im Rathaus stattfand, in welchem der Bürgermeister u. a. auch diese Thematik angesprochen hat. Der Vorsitzende versichert, hier noch einmal zu intervenieren.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Erste Bürgermeister die heutige öffentliche Sitzung um 21:30 Uhr, bedankt sich für die konstruktive Sitzung und wünscht allen Anwesenden einen angenehmen Abend sowie eine schöne Sommerpause.

---

Andreas Kemmelmeyer  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kapfenberger  
Leitung Bauamt